Großbanken aufspalten?

Die Finanzwelt verstehen #1

Finance Watch

Für eine Finanzindustrie,
die der Gesellschaft dient

Teil der Finance Watch Kampagne **Kurswechsel!**

GROßBANKEN VERSCHLANKEN

DIE GESELLSCHAFT SOLLTE WIEDER DAS RUDER ÜBERNEHMEN

SPEKULATION NICHT WEITER FÖRDERN

ANREIZE FÜR NACHHALTIGE INVESTITIONEN SCHAFFEN

"Es gibt jetzt keinen Zweifel mehr daran, dass eine tiefgreifende Bankenstrukturreform notwendig ist. Es muss nunmehr der politische Wille folgen. Für Bürger und Steuerzahler gibt es keinen einzigen Grund, warum sie weiterhin Banken unterstützen sollten, die zu groß sind, als dass man sie pleite gehen lassen könnte."

Thierry Philipponnat,
Generalsekretär von Finance Watch

Dieses multimediale Themendossier wird im Rahmen der Kampagne “Kurswechsel!“ veröffentlicht, die Finance Watch im September 2013 startete. Die Kampagne und der Inhalt dieses Dossiers stehen auch online auf der Website von Finance Watch zur Verfügung: www.finance-watch.org

© Finance Watch 2014

Die Inhalte dieses Dossiers dürfen frei genutzt werden, solange der Sinn nicht verfälscht und die Inhalte nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Wenn Copyright von Dritten angeführt wird, muss die Genehmigung zur Weiterverwendung direkt bei diesen eingeholt werden. Für weitere Informationen schreiben Sie eine E-Mail an contact@finance-watch.org

Bilder: © Shutterstock, Eisenbahnweichen (Cover) - © Finance Watch (Seiten 4, 5, 6, 8) - © Jonathan Jarvis (S. 7, oben rechts) - © Justin Lane, The New York Times (S. 7, rechts unten) - © National Archive (S. 7, links unten) - © http://lastexittoreality.com/ (S. 10)

Großbanken aufspalten?

Die Europäische Kommission hat Ende Januar 2014 ihren lang erwarteten Vorschlag für eine Bankenstrukturreform vorgelegt. Fünf Jahre, nachdem die schlimmste Finanzkrise seit 80 Jahren die Weltwirtschaft erschüttert hatte, sind sich Experten allerorts einig: Weiterhin dominieren eine Handvoll Universalbanken die europäische Bankenlandschaft, die dermaßen groß sind, dass ihr Zusammenbruch unsere Wirtschaftssysteme massiv gefährden würde.

In diesem multimedialen Themendossier geben wir Ihnen einen Überblick zu den Diskussionen rund um das Trennbankensystem und erklären Ihnen, weshalb wir bei Finance Watch dieses Thema so wichtig finden. Hinter all der Fachsimpelei ist die zentrale Frage ganz einfach: Sollten Großbanken aufgespalten werden?

Inhalt

TEIL 1 - Die Grundlagen 4

Was ist eine Universalbank? 4

Warum sind riesige Universalbanken ein Problem? 5

Wie haben Politiker festgestellt, dass riesige Universalbanken ein Problem darstellen? 7

BOX : Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? 7

Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission 8

TEIL 2 - Die Debate and der Standpunkt von Finance Watch 9

Entlarvt: Irreführende Argumente der Bankenlobby 9

Kurz und knapp: Der Standpunkt von Finance Watch 10

Überblick über Gesetzesinitiativen in Europa 10

Nützliche Links 11

Teil 1 : Die Grundlagen

Was ist eine Universalbank?

Universalbanken vereinen die Aktivitäten von Geschäfts- und Investmentbanken unter einem Dach.

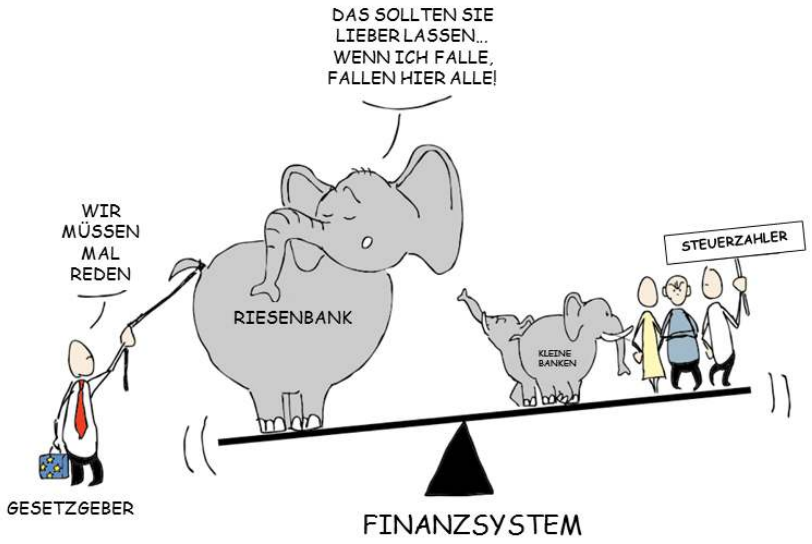
In den vergangenen vier Jahrzenten hat sich die Bankenlandschaft stark verändert, Grund dafür waren sowohl die Liberalisierung als auch die Deregulierung der Finanzmärkte. Das ermöglichte es einigen Universalbanken dermaßen anzuwachsen, dass sie heute als Megabanken den EU-Bankensektor dominieren.

- **Aktivitäten der Geschäftsbanken:** Das sind Dienstleistungen, die Ihnen Ihre örtliche Bank zur Verfügung stellt, zum Beispiel Kreditvergabe, Kontoführung und das Zahlungssystem, damit Sie Überweisungen aufgeben oder Geld abheben können.
- **Aktivitäten der Investmentbank:** Sie umfassen den Handel (An- und Verkauf) mit Finanzinstrumenten wie Wertpapiere und Derivate. Diese Dienste können für Unternehmen nützlich sein, die für neue Investitionen Gelder beschaffen oder sich gegen Risiken absichern wollen.

Das Problem dabei ist, dass die Großbanken heutzutage überwiegend mit anderen Finanzfirmen Handel betreiben. Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen nehmen diese Dienste kaum in Anspruch, selbst Großunternehmen, die nicht selbst in der Finanzbranche tätig sind, genügt ein Bruchteil der Handelsaktivitäten, die von den Megabanken betrieben werden: Weniger als 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen, weniger als 10% der außerbörslich gehandelten Derivate und weniger als 5% des Devisenhandels werden von Unternehmen der Realwirtschaft genutzt.

Im Grunde betreibt eine Universalbank Aktivitäten, die von grundsätzlich verschiedener Natur sind: Während die Geschäftsbank normalerweise langfristige Kreditbeziehungen führt, ist der Handel im Investmentbanking häufig eher kurzfristig ausgerichtet. Da die Universalbanken heutzutage die Aktivitäten der Geschäfts- und Investmentbank miteinander kombinieren, birgt das die Gefahr, dass die kurzfristig und auf Verkaufsabschlüsse gerichtete Investmentbanking-Kultur einen Einfluss auf die Art und Weise hat, wie die eher auf langfristige Kundenbindung gerichtete Geschäftsbanken arbeiten.

➔ **Hier geht es zu unserem kurzen Video: “Was ist eine Universalbank und was ist das Problem?”**



Warum sind riesige Universalbanken ein Problem?

Zunächst einmal deshalb, weil große Universalbanken auf keinen Fall pleite gehen dürfen! Das liegt daran, dass sie für so alltägliche Dienstleistungen wie Konten, Darlehen und Zahlungssysteme zuständig sind, und diese nicht einen einzigen Tag brach liegen dürfen.

Stellen Sie sich einmal vor, wenn Sie kein Geld mehr am Bankautomaten abheben oder im Geschäft nicht mehr mit Ihrer Karte zahlen könnten. Das wäre für unser hoch komplexes Wirtschaftssystem ein ernsthaftes Problem. Aus diesem Grund müssen Staaten einspringen und Geschäftsbanken retten, wenn alle anderen Rettungsversuche fehlgeschlagen sind.

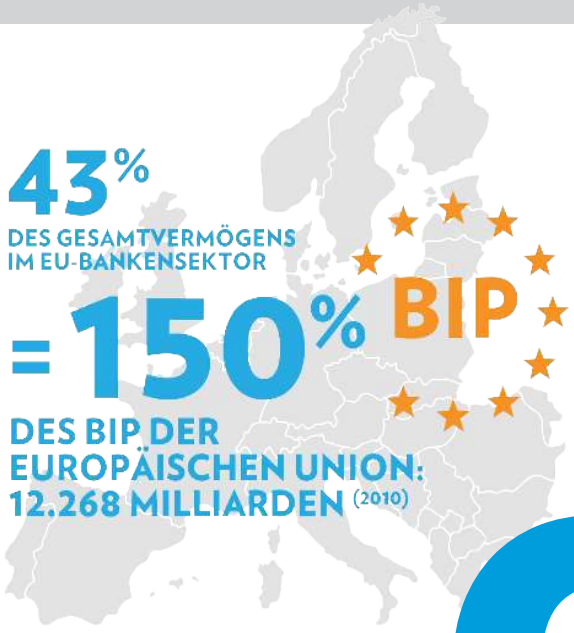
Universalbanken werden daher selbst dann vom Staat gerettet, wenn es im Bereich ihrer Handelsaktivitäten Probleme gibt.

Zweitens entwickeln sie extrem riskante Handelsaktivitäten. Das hat zur Folge, dass diese Banken von einer günstigeren Refinanzierungsrate profitieren, dank der staatlichen Unterstützung, die sie als Einlageninstitut erhalten: Da der Staat sich sozusagen dafür verbürgt, dass sie niemals Pleite gehen, können sie sich auf den Märkten billiger Geld beschaffen, d.h. zu günstigeren Zinsraten bei anderen Banken und Finanzfirmen leihen. Und weil Banken sich jede Menge Geld für ihre Geschäfte borgen, ist dies ein großer Vorteil gegenüber anderen Banken und führt zu Wettbewerbsverzerrungen im Bankensektor.

Und wissen Sie, was Großbanken mit dem „billigen Geld“ tun? Sie entwickeln riskante Handelsaktivitäten mit großer Hebelwirkung (siehe Jargonbox unten), und sind dabei gegen große Verluste durch die staatliche Unterstützung abgesichert. Spekulation auf den Derivatemärkten (zum Beispiel mit Warentermingeschäften auf Nahrungsmittel) ist eine sehr einträgliche und ebenso riskante Aktivität.

Drittens bedeutet das, dass Bürger für Bankenrettungen zahlen müssen. Die Art und Weise, wie diese Megabanken strukturiert sind, macht sie zu groß, zu wichtig, zu komplex und zu stark verflochten, als dass man sie zusammenbrechen lassen könnte. Als in Folge der Krise 2008 das Bankensystem vor dem Kollaps bewahrt wurde, mussten die europäischen Steuerzahler die enormen Kosten dafür tragen! Insgesamt haben die EU-Staaten nicht weniger als 400 Milliarden an Staatshilfen ausgegeben; wenn man dazu noch die Garantien und Liquiditätsspritzen rechnet, haben die Staaten den Banken insgesamt 1.600 Millarden bereitgestellt. Dies entspricht in etwa 12% des BIP der EU, oder anders gesagt, 12% der gesamten Waren und Dienstleistungen, die 2012 in der EU produziert worden sind... Zudem berücksichtigt dieser enorme Betrag noch nicht all die Nebeneffekte der Finanzkrise, die Wirtschaft und Gesellschaft zu spüren bekamen. Dazu zählen eine lang anhaltende Rezession und die negativen Folgen für die Gesellschaft, die durch eine hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere unter Jugendlichen) verursacht werden. Eine Bankenstrukturreform ist daher die notwendige Voraussetzung, damit die EU-Bürger nicht wieder für Bankenrettungen zahlen müssen.

Zu beachten: Wir sprechen hier von einer sehr kleinen Gruppe von Banken. Die Infographik soll eine Idee davon vermitteln, dass nur eine Handvoll Megabanken den EU-Bankensektor dominieren: 15 von ihnen teilen sich 43% des Marktes untereinander auf. Diese Banken sind es, die am meisten von der impliziten Staatsgarantie profitieren, was es für neue Banken erschwert, sich in der Branche einen Platz zu verschaffen, wodurch der Bankensektor an Vielfalt verliert und es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.



Jargonbox

Sie haben vielleicht schon von dem sogenannten “Hebeleffekt” (engl. Leverage) gehört. Nun, das ist ein Mechanismus, der in der Finanzwelt von Bedeutung ist!

Eigentlich ist er gar nicht so schwer zu verstehen, denn der Hebeleffekt beschreibt das Verhältnis zwischen dem Geld, das man sich geliehen hat, und dem Kapital, das man besitzt. Sagen wir mal, Sie wollen sich ein Haus kaufen und haben bereits 20% der Summe angespart. Für jeden Euro Eigenkapital müssen Sie sich also weitere vier Euro leihen. Die Hebelwirkung liegt bei 4 zu 1.

Stellen Sie sich nun vor, dass Sie eine Bank sind und Geld damit verdienen, Geld zu verleihen (d.h. finanzielle Vermögenswerte zu kaufen). Der Hebeleffekt wird jetzt erst richtig interessant, denn er erlaubt Ihnen, in guten Zeiten mehr Rendite für Ihre Aktionäre (= Eigentümer der Bank) rauszuholen: Je höher der Hebeleffekt, also je mehr fremdes Kapital aufgenommen wurde, umso mehr Geld können Sie selbst wieder verleihen (nicht das eigene Geld, sondern eben das geborgte Geld).

Die Schattenseite dieses raffinierten Mechanismus ist, dass er die Banken anfällig macht. Bevor die Finanzkrise 2007 ausbrach, war es für die größten Universalbanken normal, einen Hebeleffekt von 30 zu 1 zu nutzen! Mit ihrem Eigenkapital konnte sich die Bank auf den Märkten mit dem Dreißigfachen an Vermögenswerten eindecken (dank des geborgten Geldes). Und hier kommt das Problem… mit dermaßen viel Fremdkapital braucht es nur einen kleinen Wertverlust bei diesen Vermögenswerten und schon genügt das Eigenkapital nicht mehr, um die Verluste aufzufangen. In dem obigen Beispiel reichen bereits 3,33% Wertverlust, damit die Summe der Schulden einer Bank höher ist als die ihrer Vermögenswerte. Und das bedeutet: Sie sind bankrott!

Universalbanken sind sich jedoch dessen bewusst, dass sie im Gegensatz zu anderen Finanzfirmen immer von Staaten gestützt werden, damit es erst gar nicht zur Insolvenz kommt. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, warum wir so ein instabiles Finanzsystem haben. Und selbst fünf Jahre nach Ausbruch der Krise hat sich wenig getan (woran das liegt, erfahren Sie in der Finance Watch-Kampagne „Kurswechsel!“). So bleibt es dabei: Die Verluste der Banken werden von der Gemeinschaft getragen, ihre Gewinne fließen jedoch in private Taschen. Die Gesellschaft zieht immer den Kürzeren!

Wie haben Politiker festgestellt, dass riesige Universalbanken ein Problem darstellen?

Eine der wichtigsten Lektionen, die wir aus der Finanzkrise von 2008 gelernt haben: Die Entstehung und auch das Platzen der US-Immoblienblase mit all seinen dramatischen Folgen konnte nur deshalb solch enorme Ausmaße annehmen, da Geschäfts- und Investmentbanking hier Hand in Hand zusammengearbeitet hatten. (Klicken Sie hier, um eine 10-minütige englische Animation über die US-Suprimekrise zu sehen).

Was war genau passiert? Die Hypothekenkredite, die US-Bürger bei ihrer Hausbank aufgenommen hatten, wurden von Investmentbanken in handelbare Finanzprodukte (Kreditverbriefungen) verwandelt, und dann an anderen Banken und Anleger weltweit weiterverkauft. Als die Immobilienblase platzte, sahen sich die Regierungen gezwungen, nicht nur die Geschäftsbanken, sondern auch die Investmentbanken aufgrund ihrer Handelsaktivitäten zu retten. Aufgrund dieser weltweiten Handelsaktivitäten waren die Banken viel zu sehr miteinander verflochten, und eine Pleitebank hätte gleich viele andere Finanzinstitute mit sich in den Abgrund ziehen können. Diese Verflechtung wurde wesentlich durch die vorteilhaften Refinanzierungsmöglichkeiten begünstigt, von denen die Investmentbanken unter dem Dach einer Universalbank profitieren konnten.

Die Ironie der Geschichte: Als die Bürger sich ein Haus kauften, wohlmöglich als künftige Absicherung für ihre Familie, haben Sie unwissentlich zu dem großen Immobilienboom beigetragen, dessen abruptes Ende das ganze Finanzsystem und damit auch die Weltwirtschaft ins Wanken brachte, wofür wiederum ihre eigenen Kinder zahlen müssen.

Kommt Ihnen das nicht bekannt vor?

Nach dem Börsencrash im Jahre 1929 und der folgenden größten Finanzkrise des 20. Jahrhunderts haben die amerikanischen Gesetzgeber eine Regelung erlassen, wonach die Aktivitäten der Geschäfts- und Investmentbanken vollständig voneinander abgetrennt werden sollen.

- ➔ Im Jahre 1933, vier Jahre nach dem Crash von 1929, unterzeichnete Franklin D. Roosevelt ein neues Bankengesetz, das auch Vorschriften zur Trennung der Bankenaktivitäten beinhaltete, auch bekannt als Glass-Steagall Act.
- ➔ Im Jahre 1999 hob Bill Clinton diese Vorschriften wieder auf und schuf damit die Grundlage für die Entstehung riesiger Universalbanken, was innerhalb von nicht einmal einem Jahrzehnt zu der größten Finanzkrise seit 1929 führte.

Roosevelt – 1933

Clinton – 1999

Seitdem haben Politiker und Experten weltweit unterschiedliche Vorschläge gemacht, wie man die Handels- von den Kreditaktivitäten abtrennen kann.

Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission

Erkki Liikanen spricht vor Mitgliedern von Finance Watch

Das Thema Trennbanken steht jetzt schon seit zwei Jahren auf der EU-Agenda. Im Oktober 2012 hatte die EU-Kommission eine hochrangige Expertengruppe (HLEG) unter der Leitung des Chefs der finnischen Zentralbank Erkki Liikanen nominiert, die eine Reihe von Vorschlägen für ein Trennbankensystem machte.

Die HLEG betonte in ihrem Abschlussbericht, wie wichtig es ist, die Komplexität von Banken zu reduzieren. Somit würde es wesentlich leichter, sie im Krisenfall zu sanieren oder abzuwickeln, und die Risiken für Sparer, Kunden und Steuerzahler somit zu verringern.

Der Vorschlag von EU-Kommissar Barnier

Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission, den Michel Barnier als noch amtierender EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Ende Januar 2014 vorgestellt hat, steht in der Folge des Expertenberichts. Ziel ist es, die Banken sicherer und leichter abwickelbar zu machen, den Wettbewerb zwischen den Banken fairer zu gestalten, die Fehlallokation von Ressourcen zu vermeiden, die Interessenkonflikte innerhalb einer Universalbank zu reduzieren und vieles mehr.

Die richtigen Ziele und ein Mechanismus, der grosse Fortschritte bringen könnte, wenn er noch weiter verstärkt wird.

Diese Ziele sind tatsächlich genau die richtigen für ein Trennbankengesetz. Im Vorschlag der EU-Kommission ist ein Mechanismus vorgesehen, um verschiedene Bankenaktivitäten tatsächlich voneinander zu trennen, der zwar nicht perfekt ist, aber einen großen Schritt in die richtige Richtung bedeutet. Was den Mechanismus betrifft, sollte der Text jedoch an einigen Stellen konkreter werden: Wer genau wie darüber zu entscheiden hat, ob die Handelsaktivitäten abgespalten werden sollen, ist nicht klar. Statt einer einfachen Regel für eine obligatorische Trennung besteht ein Ermessensspielraum für die nationalen Aufsichtsbehörden und zu viel Komplexität.

Gegen Ende des Jahres 2014 liegt der Text dann in den Händen des Nachfolgers von Kommissar Barnier, was bedeutet, dass wohl erst im Laufe des Jahres 2015 über sein Schicksal entschieden wird – der Lobbydruck von den großen Universalbanken und ihren Unterstützern ist gewiss.

➔ **In unserer virtuellen Chronik (auf Englisch) erfahren Sie mehr über die Bankenstrukturreformen auf der ganzen Welt**

Teil 2 : Die Debatte und der Standpunkt von Finance Watch

Entlarvt: Irreführende Argumente der Bankenlobby

Wie Sie sich denken können, leistet die Finanzindustrie jede Menge – und auch teilweise erfolgreiche – Lobbyarbeit, um die Vorschläge für Bankenstrukturreformen in verschiedenen Ländern gleich wieder abzuschwächen. Sie versuchen unter den Politikern ein Klima der Angst zu verbreiten, indem sie behaupten, dass Bankenreformen der Wirtschaft schaden würden. Dabei sollte man es begrüßen, wenn die Strukturen unserer Banken reformiert werden: Das würde wesentlich dazu beitragen, dass Europas Banken und Wirtschaft wieder genesen. Hier ein paar Argumente der Bankenlobby und welche Antwort Finance Watch darauf hat:

Bankenlobby	Finance Watch
"Wir haben bereits genug neue Bankengesetze!"	Quantität heißt nicht Qualität. Niemand misst, ob die neuen Gesetze eine neue Finanzkrise verhindern können. Wichtige Reformen fehlen weiterhin.
"Ein Trennbankensystem würde der Realwirtschaft schaden!"	Wohl kaum. Nur ein kleiner Teil der Aktivitäten im Investmentbanking betreffen Firmen außerhalb der Finanzbranche. Weniger als 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen, weniger als 10% der außerbörslich gehandelten Derivate und weniger als 5% des Devisenhandels werden von Unternehmen der Realwirtschaft genutzt. Auch bei der Kreditvergabe sieht es kaum anders aus: Gerade 28% ihrer Mittel verleihen die EU-Banken an Haushalte und Unternehmen. Daher kann eine Trennung der Bankaktivitäten dazu beitragen, dass die Kreditvergabe an die „Realwirtschaft" wieder zum Kerngeschäft der Geschäftsbanken wird.
"Die Gewinne im Handelsbereich fördern die Kreditvergabe an die Realwirtschaft!"	Nein, es ist genau andersherum. Die Handelsgewinne werden durch die gesetzliche Garantie für wichtige Bankdienstleistungen künstlich erhöht.
"Durch eine Trennung könnten zwei systemrelevante Banken anstelle von einer entstehen!"	Dieses Argument ist in sich schon nicht stimmig: Die getrennten Banken sind kleiner und weniger miteinander verflochten als eine einzige Too-big-to-Fail-Riesenbank. Eine Trennung der Bankenaktivitäten minimiert die Ansteckungsgefahr, indem zwischen Geschäfts- und Investmentbank innerhalb einer Bankengruppe Brandschneisen errichtet werden.
"Nur die Investmentfirmen in den USA hatten ernsthafte Probleme (s. Lehman). Französische Banken sind zum Beispiel gut aus der Krise gekommen, deutsche Banken auch."	Was glauben Sie, wer hat große deutsche und französische Banken gerettet, die mit dem wankenden US-Versicherungsriesen AIG Finanzgeschäfte abgeschlossen hatten oder Geld in Irland investiert hatten? Die amerikanischen und irischen Steuerzahler! Tatsächlich ist es das Zusammenspiel von Geschäftsbanken und Investmentbanken sowie die Umwandlung von Krediten in handelbare Finanzinstrumente, die eine Immobilienblase bisher unbekannten Ausmaßes nährten. Ihr Platzen hat das gesamte Finanzsystem erschüttert und damit auch die Weltwirtschaft. Willkommen in der globalisierten Welt!

Kurz und knapp: Der Standpunkt von Finance Watch

Mit einer Trennung zwischen Geschäftsbank und Handelsaktivitäten könnte man...

1. **die "Nabelschnur" durchschneiden, mit dessen Hilfe die Handelsaktivitäten der Banken von der staatlichen Unterstützung für Bankeinlagen profitieren.** Diese implizite Staatsgarantie hat massiv zu dem enormen Wachstum der Banken beigetragen.

2. **zwei sehr verschiedenartige Kulturen voneinander abschirmen**: **langfristiges vs. kurzfristiges Denken.** So kann vermieden werden, dass eine kurzfristig und auf Handelsabschlüsse ausgerichtete Investmentbanking-Kultur die langfristig und auf Kundenbeziehungen ausgerichtete Kultur der Geschäftsbanken negativ beeinflussen kann.

3. **die Finanzstabilität insgesamt fördern**, der Ansteckungsgefahr zwischen den Banken vorbeugen und es ermöglichen, dass im Notfall alle Banken, selbst die größten unter ihnen, abgewickelt werden können. Das Risiko für die Steuerzahler, wieder für Bankenrettungen zahlen zu müssen, könnte so beträchtlich gemindert werden.

4. **verhindern, dass die Wirtschaft so stark in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn eine Investmentbank insolvent geht.** Die Abtrennung aller Handelsaktivitäten (nicht nur Eigenhandel) von den Aktivitäten der Geschäftsbank würde es leichter machen, dass man Investmentbanken sicher abwickeln kann.

Überblick: Gesetzesinitiativen in ganz Europa

Unter den Gesetzgebern herrscht Einigkeit über die Gründe, weshalb Bankenaktivitäten abgetrennt werden sollten. Sie sind sich auch darüber im Klaren, dass eine solche Trennung der Bankaktivitäten nur in „guten Zeiten" vollzogen werden kann, da sie inmitten einer Krise einerseits praktisch kaum durchführbar ist und andererseits mit enormen Kosten einhergehen und der Realwirtschaft schaden würde. Zur Frage steht nunmehr, wie und was genau abgetrennt werden soll.

Mehrere EU-Staaten haben bereits nationale Bankenstrukturreformen beschlossen oder geplant, und erhöhen damit den Druck auf die EU bei dem Versuch, eine EU-weit einheitliche Regelung zu schaffen.

Frankreich

In Frankreich wurde bereits am 26. Juli ein Gesetz zur "Trennung und Regulierung der Bankaktivitäten" beschlossen. In seiner derzeitigen Form wird das Gesetz nicht dazu beitragen, die Ziele zu erfüllen, die sich die französische Regierung gesetzt hat. In anderen Worten, das französische Gesetz zur Trennung und Regulierung der Banken wird kaum etwas abtrennen und fast nichts ändern...

Hier erfahren Sie, worin nach Ansicht von Finance Watch die Schwachstellen der Reform liegen.

Deutschland

Auch in Deutschland wurde bereits am 7. August 2013 ein so genanntes Trennbankengesetz beschlossen, von dem Teile Ende Januar 2014 in Kraft getreten sind. Wie sein französisches Pendant wird das Gesetz nicht dazu beitragen, dass die Kreditaktivitäten der Großbanken von ihren Handelsaktivitäten abgetrennt werden. So hat es z.B. keine Konsequenzen für einen Großteil der offenen Derivativgeschäfte der Deutschen Bank i.H. eines Nominalwertes von EUR 60.000 Milliarden (dieser Wert beträgt ca. das 23-fache des deutschen Bruttoinlandsprodukts). Damit verfehlt

das Gesetz sein Ziel, risikoreiche Geschäfte abzuspalten sowie Sparer und Steuerzahler besser zu schützen. Wenn Sie wissen wollen, worin nach Ansicht von Finance Watch die Schwachstellen der Reform bestehen, lesen Sie unsere Stellungnahme vom 22. April 2013.

Vereinigtes Königreich

Im Dezember 2013 trat das Gesetz „Financial Services (Banking Reform) Act" in Kraft. Die Idee ist es, die Einlagebank von der Investmentbank innerhalb einer Bankengruppe abzuschirmen (engl. „ringfence").

Dem Gesetz liegt ein ähnliches Konzept wie den Vorschlägen der Liikanen-Expertengruppe (HLEG) zu Grunde, indem es Bankengruppen erlauben würde, unter dem Dach einer Holding-Gesellschaft Tochtergesellschaften für die Geschäfts- und Investmentbankenaktivitäten zu führen. Voraussetzung ist, dass sie ihre eigene Kapital- und Managementstrukturen haben. Es ist wohl derzeit die weitreichendste Bankenreform in der EU. Aber bis die Banken den Anforderungen genügen müssen, im Jahre 2019, kann noch viel passieren.

Finance Watch hat seinen Beitrag zur britischen Debatte am 14. Februar 2013 veröffentlicht.

Belgien

Die belgische Regierung arbeitet ebenfalls an einem Gesetzesvorschlag, der voraussichtlich Ende Februar 2014 dem belgischen Parlaments und der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Bis dahin können wir noch nichts Konkretes sagen. Während zu Beginn angeblich ein ehrgeiziger Vorschlag diskutiert wurde, der eine Trennung aller Handelsaktivitäten vorsah, die mehr als 15% der gesamten Aktiva ausmachen, scheint die letzte Version des Textes eher ein Rückschritt zu sein.

Nützliche Links

- "Kurswechsel" Online-Kampagnenmaterial (September 2013)
- Webinar "Bank separation" (auf Englisch, Februar 2014)
- Webinar "What do large banks do?" (auf Englisch, April 2013)

Stellungnahmen von Finance Watch

- Bericht "The importance of being separated" (auf Englisch, April 2013)
- Bericht "Europe's Banking Trilemma" (auf Englisch, September 2013)
- Beitrag zur EU-Konsultation (Juli 2013)
- Stellungnahme zur deutschen Bankenreform (April 2013)
- Beitrag zur britischen Debatte (Februar 2013)
- Stellungnahme zur französischen Bankenreform (Januar 2013)

Weitere Artikel

- Pressemitteilung von Finance Watch zum Vorschlag der EU-Kommission (30. Januar 2014) und Erläuterungen in einem Blog-Artikel (Februar 2014)
- Blog-Artikel zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation zur Trennung der Bankenaktivitäten (November 2013)

Dokumente und Links der Europäischen Institutionen

- Bericht der Liikanen-Expertengruppe (Oktober 2012)
- Bericht des EU-Parlaments (Juni 2013)
- Gesetzesvorschlag der EU-Kommission (Januar 2014)

Über Finance Watch

Finance Watch ist eine unabhängige, nicht parteigebundene gemeinnützige Mitgliederorganisation, die 2011 ins Leben gerufen wurde, um ein Gegengewicht zur mächtigen Lobby der Finanzindustrie zu schaffen. Unsere Aufgabe ist es, in den Debatten um wichtige Finanzmarktreformen die Stimme der Gesellschaft zu stärken. Dies tun wir, indem wir als Bürgeranwalt gegenüber dem Gesetzgeber und der Öffentlichkeit das Gemeinwohlinteresse vertreten. Unsere Mitglieder sind zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachleute, sie werden durch ein Team von Finanzexperten in Brüssel unterstützt. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.finance-watch.org

Finance Watch

Finance Watch
Square de Meeûs 38/40
B - 1000 Brüssel
Tel: + 32 (0)2.401.87.07

www.finance-watch.org